

1. Partage-t-il l'avis exposé ci-dessus sur l'importance, pour la politique de la sécurité, d'une interdiction totale des essais nucléaires?
2. Compte-t-il soutenir l'amendement qui sera proposé lors de la conférence prévue en 1991 – voire plus tôt –, étant donné que la Suisse y sera aussi invité en tant qu'Etat signataire?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Ammann, Auer, Bäumlins Ursula, Béguelin, Berger, Biel, Bircher, Borel, Braunschweig, Bundi, Büttiker, Columberg, Danuser, David, Déglise, Dormann, Dünki, Fankhauser, Grendelmeier, Hafner Ursula, Hubacher, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Loeb, Longet, Maeder, Mauch Ursula, Meier-Glatfelden, Meizoz, Morf, Müller-Aargau, Nabholz, Oester, Paccolat, Rechsteiner, Reimann Fritz, Scheidegger, Seiler Rolf, Stamm, Stappung, Stocker, Thür, Ulrich, Wellauer, Widmer, Wiederkehr, Wyss Paul, Zbinden Hans, Zwygart (50)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 14. Februar 1990

Rapport écrit du Conseil fédéral du 14 février 1990

1. Durch ein umfassendes Verbot aller Kernwaffenversuche würde die weitere technische Verbesserung der Kernwaffenarsenale zwar behindert, aber nicht völlig verunmöglicht. Es kann angenommen werden, dass modernste Datenverarbeitungsanlagen es in Zukunft erlauben werden, die Wirkungen von Kernexplosionen weitgehend zu berechnen und damit Versuchsexplosionen überflüssig zu machen.

Ein umfassendes Testverbot kann auch nicht grundsätzlich die horizontale Weiterverbreitung der Kernwaffen verhindern. Es gibt heute bekanntlich neben den eigentlichen Kernwaffenstaaten (USA, Sowjetunion, Grossbritannien, Frankreich, China) und Indien (sogenannte «friedliche Testexplosion» von 1974) einige weitere Staaten, die vermutlich über Kernsprengkörper verfügen, ohne je eine Versuchsexplosion durchgeführt zu haben. Die verhältnismässig leicht zugänglichen Informationen über Kernwaffentechnologie sowie leistungsfähige Grossrechner dürften es heute manchem Staat ermöglichen, eine mit recht grosser Wahrscheinlichkeit funktionierende Kernwaffe herzustellen, ohne eine Testexplosion durchzuführen. Voraussetzung ist allerdings, dass das entsprechende Spaltmaterial und eine leistungsfähige industrielle Infrastruktur zur Verfügung stehen.

2. Der Bundesrat hat sich für die Legislaturperiode 1987–1991 unter anderem zum Ziel gesetzt, die Bemühungen um den Abschluss eines globalen und verifizierbaren Teststoppabkommens grundsätzlich zu unterstützen.

Er ist indessen nicht davon überzeugt, dass die von mehr als einem Drittel der Vertragsstaaten verlangte Konferenz über eine Revision des «Abkommens über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Luft, im Weltraum und unter Wasser» von 1963 den geeigneten Weg zu einem umfassenden Verbot aller Kernwaffenversuche darstellt. Gemäss Artikel II des Abkommens können Zusätze zum Abkommen nämlich nur in Kraft treten, wenn alle «ursprünglichen Parteien» (d. h. die Kernwaffenstaaten UdSSR, Grossbritannien und die USA) sie billigen und eine entsprechende Ratifikationsurkunde hinterlegen. Da zumindest zwei der «ursprünglichen Parteien» bereits bekanntgegeben haben, sie würden sich einer Umwandlung des Abkommens in ein umfassendes Testverbot widersetzen, erscheint die Revisionskonferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt. Hinzu kommt, dass Frankreich und China dem Abkommen ohnehin nie beigetreten sind.

Im Bewusstsein dessen, dass sich das Ergebnis der Revisionskonferenz voraussichtlich auf eine rechtlich unverbindliche politische Willenskundgebung der Konferenzmehrheit beschränken dürfte, wird der Bundesrat trotz allem in Verfolgung seiner bisherigen Politik die Umwandlung des teilweisen in ein umfassendes Teststoppabkommen unterstützen.

Die Entspannung in den Ost-West-Beziehungen berechtigt indessen zur Hoffnung, dass die Kernwaffenstaaten allmählich

von sich aus weitere Beschränkungen ihrer Kernwaffenversuche vornehmen werden. Insbesondere die seit 1987 in Genf geführten sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über bessere Ueberwachungsmechanismen für die 1974 und 1976 unterzeichneten bilateralen Testbeschränkungsabkommen scheinen kurz vor ihrem Abschluss zu stehen, so dass die erwähnten beiden Abkommen möglicherweise bald vom amerikanischen Kongress ratifiziert werden.

Le président: L'interpellateur est satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

90.308

**Interpellation Bär
Zusammenarbeit
mit Drittweltländern und Osteuropa
Coopération avec le tiers monde
et l'Europe de l'Est**

Wortlaut der Interpellation vom 6. Februar 1990

Der Bundesrat wird ersucht, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist vorgesehen, die Hilfe an Mittel- und Osteuropa vollumfänglich und auch längerfristig auf der Rechtsgrundlage eigenständiger Kreditbeschlüsse zu leisten, damit die vier Rahmenkredite für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe nicht belastet werden?
2. Hält der Bundesrat an seinen mehrfach bekräftigten Absichtserklärungen fest, die schweizerische Entwicklungshilfe mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten in nächster Zukunft dem Durchschnitt aller OECD-Länder anzugleichen und mittelfristig den EG-Durchschnitt anzustreben?

Texte de l'interpellation du 6 février 1990

Le Conseil fédéral est prié de bien vouloir répondre aux questions suivantes:

1. Est-il prévu que l'aide accordée – à long terme également – à l'Europe centrale et de l'Est soit entièrement fournie sur des crédits votés spécialement et que l'on ne puise pas dans ce but dans les quatre crédits-cadres alloués à la coopération au développement et à l'aide humanitaire?
2. Le Conseil fédéral s'en tient-il aux déclarations d'intention qu'il a faites à plusieurs reprises et selon lesquelles il prévoit de proposer un accroissement supérieur à la moyenne pour amener dans un proche avenir l'aide suisse au développement au niveau de la moyenne des pays de l'OCDE et à moyen terme à celui de la moyenne des Etats de la CE?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bäumlins Ursula, Danuser, Diener, Gardiol, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Herczog, Leutenegger Oberholzer, Meier-Glatfelden, Rebeaud, Schmid, Stocker, Thür, Ulrich, Vollmer, Zbinden Hans (16)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Aufgrund des politischen Wandels in Mittel- und Osteuropa zeichnen sich neue Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Zusammenarbeit und der Hilfe ab. Angesichts der weiterhin bestehenden Aufgabe des Nord-Süd-Dialogs und der Entwicklungshilfe sind in der Öffentlichkeit Unsicherheiten über die von der Schweiz gesetzten Prioritäten entstanden.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 5. März 1990

Rapport écrit du Conseil fédéral du 5 mars 1990

1. Die den osteuropäischen Staaten geleistete Hilfe wird auf keine Art und Weise den Rahmenkrediten der Entwicklungszusammenarbeit belastet werden. Die humanitäre Hilfe der Eidgenossenschaft wurde andererseits nie auf die Entwicklungsländer beschränkt: Der Rahmenkredit von 530 Millionen Franken (BB vom 30.11.1988) kann zugunsten von Bevölkerungen aller Staaten, also auch der osteuropäischen, eingesetzt werden. Die Kriterien sind überall die gleichen: Bewahrung von Menschenleben und Linderung von Not vor allem als Folge von Naturkatastrophen oder bewaffneten Konflikten. Wir haben bereits Polen Nahrungsmittelhilfe im Wert von 5 Millionen und Rumänien Hilfe in der Höhe von 1,9 Millionen Franken (durch das Katastrophenhilfekorps, das IKRK und schweizerische Hilfswerke) zu Lasten dieses Kredites zugesprochen. Wir schliessen weitere Hilfeleistungen für die Zukunft nicht aus, wenn solche Aktionen sich im Vergleich zu den Bedürfnissen in den Entwicklungsländern rechtfertigen lassen.

2. Der Bundesrat hat in der Finanzplanung der Eidgenossenschaft die Höhe der Beträge festgehalten, die für eine schrittweise Annäherung der schweizerischen Leistungen an jene der anderen OECD-Staaten notwendig sind (Botschaft vom 2.10.1989 betreffend das Budget der Schweizerischen Eidgenossenschaft für das Jahr 1990). Der Bundesrat handelte damit in Übereinstimmung mit den Absichten, die er im Bericht über das Legislaturprogramm 1987–1991 vom 18. Januar 1988 angekündigt hatte. Der Bundesrat ist der Meinung, dass diese Erhöhung notwendig bleibt. Demgegenüber hat er nicht das Ziel angenommen, sich den Leistungen der Mitgliedländer der Europäischen Gemeinschaft anzunähern.

Le président: L'interpellatrice n'est que partiellement satisfaite de la réponse du Conseil fédéral.

89.771

Interpellation Spielmann Schliessung des Lagers Ansar III Fermeture du camp d'Ansar III

Wortlaut der Interpellation vom 13. Dezember 1989

Nach mehr als zwei Jahren aktiven Widerstands und gewaltlosen Aufstands fordert das palästinensische Volk trotz der Repressionen weiter, dass seine nationalen Rechte anerkannt, der israelischen Expansion Einhalt geboten und die Besatzungstruppen abgezogen werden. Diesen Forderungen wird mit brutalen Repressionen begegnet, immer mehr Menschen werden umgebracht und mehreren tausend ist auf Befehl des Militärs ohne Gerichtsverfahren die Freiheit entzogen worden. Immer wieder werden Menschen deportiert, was gegen die Bestimmungen des Genfer Abkommens verstösst. Im Lager Ansar III in der Negev-Wüste sind 3000 Palästinenser unter extremen klimatischen Bedingungen inhaftiert, und ihre medizinische Versorgung gibt zu grosser Besorgnis Anlass.

Eine Petition mit 2000 Unterschriften, unterstützt von 23 Organisationen, die Anfang Oktober bei der israelischen Botschaft in der Schweiz hinterlegt wurde, ist unbeantwortet geblieben. Ich frage den Bundesrat, ob er es nicht für notwendig erachtet, bei den israelischen Behörden gegen die Haltung der israelischen Regierung zu protestieren und die Einhaltung des Genfer Abkommens sowie die Schliessung des Lagers Quesiot (Ansar III) zu verlangen.

Texte de l'interpellation du 13 décembre 1989

Après plus de deux ans de résistance active, de soulèvement pacifique, le peuple palestinien, en dépit de la répression, continue de réclamer la reconnaissance de ses droits nationaux, l'arrêt de l'expansion israélienne et le départ des troupes d'occupation. Ces revendications se heurtent à une répression brutale, les assassinats se multiplient et des milliers de détenus sont sous le coup d'une arrestation administrative sur ordre militaire, sans procès. Les déportations se poursuivent en violation des accords de la Convention de Genève. Le camp d'Ansar III dans le désert du Negev contient 3000 Palestiniens détenus dans des conditions climatiques extrêmes et une situation médicale qui suscite les plus vives inquiétudes. Une pétition munie de plus de 2000 signatures et soutenue par 23 organisations, déposée début octobre à l'ambassade d'Israël en Suisse est restée sans réponse.

Je demande au Conseil fédéral s'il ne juge pas utile d'intervenir auprès des autorités israéliennes pour protester contre l'attitude du gouvernement israélien, exiger le respect des Conventions de Genève et la fermeture du camp de Quesiot (Ansar III) dans le désert du Negev.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 14. Februar 1990

Rapport écrit du Conseil fédéral du 14 février 1990

Ainsi que le Conseil fédéral l'a expliqué à différentes occasions, notamment l'automne dernier dans sa prise de position sur une motion de M. Spielmann, conseiller national, il n'y a pour la Suisse aucun doute que les dispositions de la Quatrième Convention de Genève sur la protection des civils en temps de guerre sont applicables dans leur ensemble aux habitants des territoires occupés par Israël. Cette position a été clairement communiquée à maintes reprises – et tout récemment encore – au Gouvernement d'Israël et des critiques ont été émises, du côté suisse, à l'égard de l'emploi de la force dans cette région. La Suisse a demandé l'application de l'ensemble des dispositions du droit international humanitaire en vigueur et soutient en outre, aussi bien matériellement que sur le plan diplomatique, les actions du CICR en Israël et dans les territoires occupés. Les délégués du Comité visitent régulièrement le camp de Quesiot.

Le président: L'interpellateur n'est que partiellement satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

89.798

Interpellation Ziegler Kinder als Kriegsgefangene Enfants prisonniers de guerre

Wortlaut der Interpellation vom 14. Dezember 1989

Am 20. August 1988 wurde zwischen Iran und Irak ein Waffenstillstand ausgerufen. Seither werden Tausende von Kindern unter 15 Jahren aus beiden Lagern unter häufig erschreckenden Bedingungen weiterhin gefangen gehalten, und zwar trotz der ständigen Bemühungen des IKRK, von Terre des Hommes usw.

Welche dringenden Schritte will der Bundesrat unternehmen, um den Genfer Abkommen Geltung zu verschaffen und diese Kinder zu befreien?

Interpellation Bär Zusammenarbeit mit Drittweltländern und Osteuropa

Interpellation Bär Coopération avec le tiers monde et l'Europe de l'Est

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.308
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.03.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	723-724
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 467

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.